

Bild: ky/Caëtan Bally

Jahrelang wurde die Zahl der Arbeitslosen zu optimistisch eingeschätzt – heute hat die Arbeitslosenversicherung Milliarden schulden. Auch andere Sozialwerke sind wegen falscher Prognosen in Schieflage.

Sozialwerke – von solid bis tiefrot

Die soziale Sicherheit ist ein politischer Dauerbrenner. IV und ALV kämpfen mit Schulden in Milliardenhöhe, die Krankenkassen mit ungebremst steigenden Ausgaben. Die AHV ist finanziell zwar gesund, steht aber vor einer ungewissen Zukunft. Eine Übersicht über die wichtigsten Sozialwerke.

AHV: Sinkende Reserven

Noch stimmt die Kasse des wichtigsten Sozialwerks der Schweiz. Die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) hat seit ihrer Gründung 1948 mehr Geld eingenommen als ausgegeben. Wie lange das noch so bleibt, ist aber ungewiss. Der Bund rechnet ab 2020 mit einer rapiden Verschlechterung der AHV-Finanzen, bis 2030 sollen je nach Konjunkturverlauf Einsparungen zwischen 5 und 11 Milliarden nötig sein. Der Grund: Die Menschen werden immer älter, die Zahl der Rentenbezügler steigt von Jahr zu Jahr. Zu schaffen macht der AHV auch die Schieflage der Invalidenversicherung

wertsteuer wird von 2011 bis 2017 von 7,6 auf 8 Prozent erhöht. Dadurch erhält die IV pro Jahr 1,1 Milliarden Franken zusätzlich.

ALV: Falsche Prognosen

Mit einem Anteil von 5,4 Prozent an den gesamten Sozialausgaben ist die Arbeitslosenversicherung (ALV) der fünftgrösste Zweig, hat aber hinter der IV am zweitmeisten Schulden: Per Ende Juni 2010 war die ALV mit 7 Milliarden im Minus. Ein Grund: Jahrelang ging man davon aus, dass im Schnitt 100 000 Personen pro Jahr arbeitslos sind. Heute weiss man, dass diese Zahl zu optimistisch ge-

schätzt war. Tatsächlich muss die ALV im langjährigen Schnitt 130 000 Arbeitslose unterstützen. Diese Differenz führte zu einem jährlichen Defizit von 920 Millionen Franken. Dank des revidierten ALV-Gesetzes, das seit April dieses Jahres in Kraft ist, soll die Arbeitslosenversicherung künftig jedes Jahr ein Plus von 350 Millionen Franken schreiben. Wie lange der Schuldenabbau effektiv dauern wird, ist aber vom Konjunkturverlauf abhängig.

BV: 600 Millionen angespart

Die Berufliche Vorsorge (BV) ist der mit Abstand grösste Pfeiler der

Sozialwerke: 32 Prozent der gesamten Sozialausgaben der Schweiz gehen zu ihren Lasten. 2009 waren das 43 Milliarden Franken. Und die Ausgaben steigen weiter: Weil die BV erst seit 1987 obligatorisch ist, befindet sie sich noch im Aufbau. Deshalb gibt es mehr Beitragszahler als Rentenbezüger, die Pensionskassen nehmen deutlich mehr ein als sie ausgeben. Entsprechend hoch sind die Kapitalreserven: 2009 belief sich das Gesamtvermögen der rund 3000 Vorsorgeeinrichtungen auf 600 Milliarden Franken. Die Mehrheit der Pensionskassen ist finanziell gesund, der Anteil der

Kassen mit Unterdeckung belief sich Ende 2010 auf knapp 11 Prozent. Das könnte sich aber bald ändern: Wegen der Schuldenkrise dürften die meisten Institute ihre Renditeziele dieses Jahr nicht erreichen. Unklar ist zudem, wiesich der Umwandlungssatz, der die Höhe der Renten bestimmt, auf die Entwicklung der Kassen auswirkt. Im März 2010 lehnte das Stimmvolk die von Parlament und Bundesrat geforderte Senkung des Satzes auf 6,4 Prozent ab. Dauerthema sind zudem die Verwaltungskosten der BV. Den Pensionskassen wird vorgeworfen, zulasten der Versicherten hohe Verwal-

tungskosten einzustreichen. Mit der jüngsten Strukturreform hat indes das Parlament 2010 die Transparenz der BV erhöht: Vorsorgeeinrichtungen müssen künftig ihre Verwaltungskosten detaillierter ausweisen als bisher.

KV: Zu tiefe Prämien

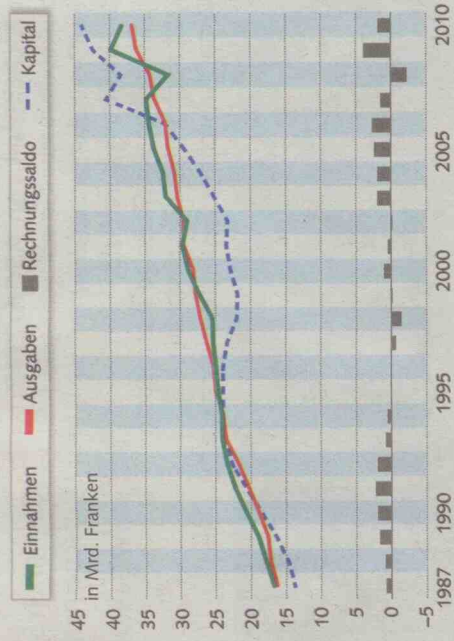
Die obligatorische Krankenversicherung (KV) ist mit einem Sozialausgaben-Anteil von 16 Prozent das drittgrösste Sozialwerk der Schweiz. Der finanzielle Trend kennt nur eine Richtung: nach oben. Seit 2008 geben die Kassen in der Grundversicherung aber mehr Geld aus, als sie verdienen. Der Grund: In vielen Kantonen

wurden in den vergangenen Jahren die Krankenkassenprämien zu tief angesetzt. Der damalige Gesundheitsminister Pascal Couchepin hatte die Kassen zu tiefen Prämien gezwungen, weshalb die Kassen ihre über Jahre aufgebauten Kapitalreserven abbauen mussten. Die Reserven sind allerdings immer noch hoch genug: 2009 lagen sie bei 8,2 Milliarden Franken. Um die Prämien nachhaltig zu senken, reicht das allerdings nicht.

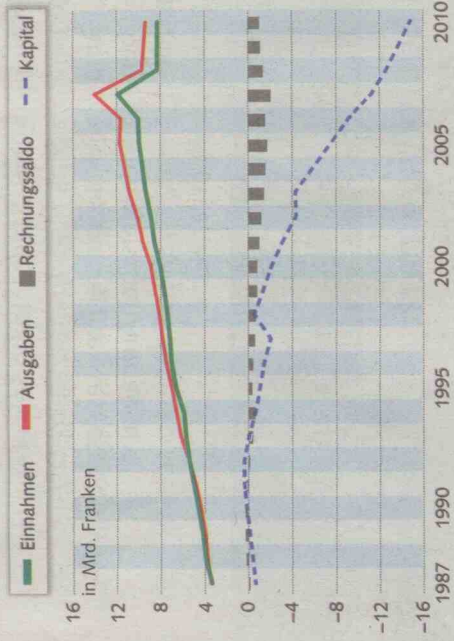
EO: Milliardentransfer zur IV
Die Erwerbsersatzordnung (EO), die den Lohnersatz bei Militär-, Zivildienst, Zivilschutz und Mutterschaft regelt, ist finanziell noch gesund. Bis 1997 konnte sie Reserven in der Höhe von 5 Milliarden Franken anhäufen. Doch auch die EO hat unter der Schieflage der IV zu leiden: 1998 und 2003 wurden insgesamt 3,7 Milliarden Franken zur IV transferiert. Ab 2005 schrieb die EO selber Defizite – unter anderem wegen der Einführung der Mutterschaftsversicherung. Seit Ende 2010 liegen die Kapitalreserven unter der gesetzlichen Mindestreserve einer halben Jahresausgabe. Per Anfang 2011 wurde deshalb der Lohnbeitrag von 0,3 auf 0,5 Prozent erhöht. Der Satz gilt bis Ende 2015. Dann soll die EO wieder über die vorgeschriebene Reserve verfügen.

Andri Rostetter

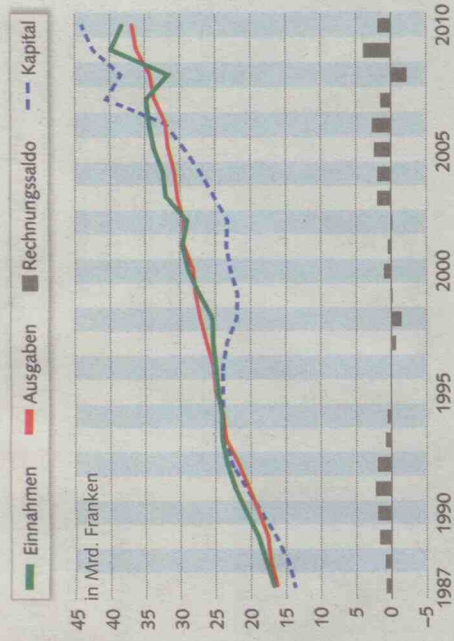
Alters- und Hinterlassenenversicherung



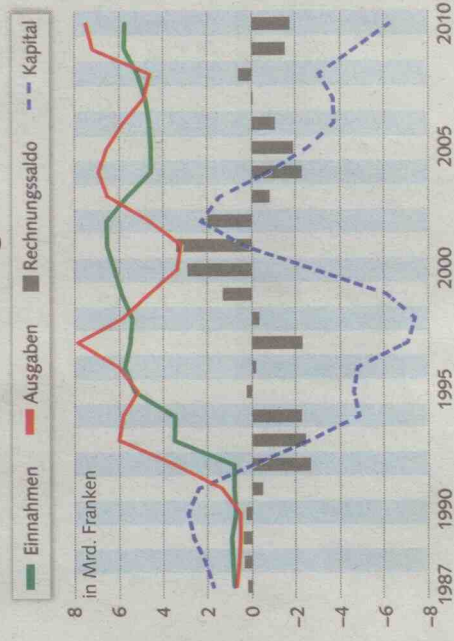
Invalideversicherung



Berufliche Vorsorge



Arbeitslosenversicherung



Quelle: BSV/Grafik: al

(IV). Das Kapital der AHV liegt zwar offiziell bei 44 Milliarden Franken. Weil die IV von der AHV rund 15 Milliarden Franken geliehen hat, ist die Reserve effektiv aber auf 29 Milliarden Franken geschrumpft. Vorgeschrieben wäre eine Reserve von einer Jahresausgabe (etwa 37 Milliarden Franken). In den nächsten Jahren dürfte deshalb einmal mehr die Erhöhung des Rentenalters – insbesondere für Frauen – zur Debatte stehen.

IV: Schwarze Zahlen ab 2020

Im Gegensatz zur AHV ist die finanzielle Notlage bei der IV seit Jahren akut. Rote Zahlen sind bei der viergrößten Sozialversicherung (7,2 Prozent Anteil an den gesamten Sozialausgaben) bereits seit den 1970er-Jahren der Regel, ab 1993 reichte sie Defizit an Defizit. Bis 2010 hatte die IV einen Schuldenberg von 15 Milliarden Franken angehäuft. Hauptgrund ist die massive Zunahme der IV-Rentner. Der Anstieg selber hat wiederum diverse soziale und politische Ursachen. Um die IV finanziell zu entlasten, versucht der Bund seit Jahren, die Reintegration von IV-Rentnern in den Arbeitsmarkt zu verstärken. Bis 2020 soll die IV dank der laufenden 6. IV-Revision wieder in den schwarzen Zahlen sein. Das Stimmvolk hiess zudem im September 2009 eine befristete Zusatzfinanzierung gut: Die Mehr-